

Rede des Fraktionsvorsitzenden der LINKEN im Landtag Brandenburg, Christian Görke

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem nun die Mägen wieder gefüllt sind und es hoffentlich allen geschmeckt hat, lasst uns gestärkt weitermachen.

Wie wir am Donnerstag – wenig überraschend – vernehmen konnten, hat sich nach der dritten Sondierungsrunde zwischen CDU/CSU und SPD die Verhandlungsgruppe der Sozialdemokraten nunmehr einstimmig entschlossen, dem morgen tagenden SPD-Parteikonvent die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen vorzuschlagen. Und seien wir ehrlich, es müsste schon ein Wunder geschehen, wenn der „kleine SPD-Parteitag“ diesem Vorschlag nicht folgen würde.

Eine Neuauflage der Großen Koalition, wie es sie zuletzt von 2005 bis 2009 gab, scheint somit so gut wie sicher und verheißt – wenn wir uns deren frühere Bilanz ansehen – nicht allzu viel Gutes für unser Land. Denn die letzte CDU/CSU/SPD-Koalition brachte sozialpolitisch den größten Rückschritt und Stagnation auf vielen anderen Gebieten mit sich. Vor allem führte sie zu einer Resignation bei all denen, die sich von dieser großen Regierung gesellschaftliche Veränderungen erhofft hatten. Erwähnt seien an dieser Stelle die fast nahtlose Fortführung der Agenda-Politik von Schröder, Reichtumsmehrung statt Armutsverringering durch die steuerliche Entlastung von Kapitaleigentümern, eine Erbschaftsteuerreform, die man nur als einen verteilungspolitischen Skandal bezeichnen kann, die Anhebung der Mehrwertsteuer, Elterngeld statt Erziehungsgeld und nicht zu vergessen die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre sowie die Föderalismusreform.

Tja, so sind sie, die Sozialdemokraten!

Vor nicht ganz 5 Wochen, da sagte Andrea Nahles noch, sie könne sich keine Koalition mit der CDU vorstellen und fügte hinzu „...Wer SPD wählt, entscheidet sich gegen Frau Merkel und nicht für sie. Alles andere ist eine böse Unterstellung.“

Die Unterstellung ist nun Realität: Wenn man versucht nur links zu blinken, gleichzeitig aber Wahlkampf gegen die Linke führt, dann wacht man im Koalitionsbett eben neben Angela Merkel auf.

Die SPD hätte die Chance gehabt in eine andere Richtung zu sondieren. Das war nicht gewollt.

Das sind die bundespolitischen Rahmenbedingungen die eine sozial gerechtere Politik in dieser Bundesrepublik auch in den kommenden Jahren nicht erwarten lässt und deren Auswirkungen auch Brandenburg treffen werden.

Wir, liebe Genossinnen und Genossen, wollen heute mit unserem Leitbild den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ein Angebot machen für die Zukunft unseres Landes. Unsere Vorstellungen liegen auf dem Tisch und das Signal von unserem heutigen Parteitag sollte sein, wie wir uns **Brandenburg als Land der sozialen Gerechtigkeit** vorstellen.

Das ist unsere Kernkompetenz. Nichts anderes wird von uns erwartet – jetzt mehr denn je! Denn machen wir uns doch nichts vor, liebe Genossinnen und Genossen – nach dieser Bundestagswahl steht fest: In Brandenburg, wie es heute ist, gibt es keine dunkelroten, hellroten oder schwarzen Selbstverständlichkeiten mehr.

Dem müssen wir uns stellen. Offen, transparent, erkennbar, glaubwürdig und möglichst - auch im Konsens mit der Bundespartei.

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Brandenburger Landesverband hat einen wirklich guten, engagierten Wahlkampf gemacht. Deshalb auch von mir einen herzlichen Dank an alle Kandidatinnen und Kandidaten, Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer!

Wir haben gemeinsam bis an die Grenzen der Belastbarkeit mit Ideen und neuen Methoden um jede Stimme gekämpft. Dennoch haben wir unser Ergebnis von 2009 nicht erreicht, wie auch alle anderen Landesverbände nicht.

Es hat also nichts damit zu tun, ob wir aus Regierungsverantwortung oder aus der Opposition heraus Wahlkampf gemacht haben. Es ist uns – auch wenn wir seit Göttingen auf einem guten Weg sind – nicht gelungen, die Personalquerelen der Bundesebene und Streitereien innerhalb der Partei komplett vergessen zu machen.

Und natürlich lief auch hier im Land nicht alles komplett reibungslos.

Vielleicht lernen wir ja daraus.

Nein!!! Wir müssen daraus lernen!

Lernen, dass nur eine geschlossen kämpfende und erkennbare Partei maximale Ergebnisse erreichen kann und dass keine und keiner (und sei er oder sie noch so bedeutend) es allein besser kann, als wir alle gemeinsam.

Zum Wahlausgang

Lasst mich noch ein paar Worte zum Wahlausgang sagen und uns die „Wahlsieger“ doch einmal genauer anschauen.

Angela Merkel war die klare Gewinnerin des Wahlabends. Sie hat es vermocht, mit dem Satz: „Sie kennen mich!“ an Emotionen der Menschen anzuknüpfen, ihre Sehnsüchte nach Sicherheit zu bedienen. Und, sie hat es verstanden die Stimmung im Land aufzunehmen. Ob sie dies – gegen die Prinzipien der CDU – in den nächsten vier Jahren durchhalten kann, wird sich erst noch erweisen. Und ob uns das passt oder nicht, wir müssen das zur Kenntnis nehmen und kluge bzw. die richtigen Schlüsse daraus ziehen.

Herr Schierack meint nun, aus dem Merkel-Effekt auch für die kommenden Wahlen in Brandenburg Schwung mitnehmen zu können, hat sogar schon mehr als einmal deutlich seinen Regierungsanspruch artikuliert. Und auf dem heute - parallel zu uns tagenden CDU-Landesparteitag in Potsdam – wird der Kollege Gröhe, der dort als Gast geladen ist, den brandenburgischen Christdemokraten den Politikwechsel in Brandenburg auftragen!

Aber liebe Genossinnen und Genossen,

zwischen Frau Merkel und Herrn Schierack - da liegen Welten!

Die Brandenburger CDU steht keineswegs so gut da, wie sie uns glauben machen will. Frau Merkel hat diesen Erfolg eingefahren, weil sie quasi als überparteiliche Kanzlerin daher kam, die die

Kindergartengruppe um Phillip Rössler, Kristina Schröder und Ilse Aigner noch am besten im Griff hatte.

Ob Herr Schierack seine Kindergartengruppe um Petke, Ludwig, Burkhard, Wichmann und Lakenmacher auch in die Schranken weisen kann, wird sich erst noch zeigen.

Wenn also Herr Schierack sagt: „Ich will diese Land regieren!“, dann sage ich ganz deutlich: Übermut tut selten gut. Und der Versuch, auf die Vergesslichkeit der Menschen im Land zu setzen, wird scheitern. Auch deshalb, weil die Menschen im Land die Regierungszeit der CDU mit erlebt haben.

Die CDU hat in ihrer Regierungszeit zugelassen, dass 400 Schulen geschlossen wurden und die Lehrerstellenzahl nahezu halbiert wurde

Die CDU hat den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz in Brandenburg zurückgenommen, Betreuungszeiten eingeschränkt, und damit ihr konservatives Familienbild bedient.

Die CDU hat den Mindestlohn als Bedingung für öffentliche Aufträge in Brandenburg bis 2009 verhindert und dem Land Brandenburg das Image „Billiglohnland“ verpasst.

Sie hat in ihrer Regierungszeit die Verschuldung des Landes um 5,1 Mrd. € in die Höhe getrieben. Heute kommt sie gegenüber dem ersten linken Finanzminister Deutschlands, besserwisserisch und belehrend daher, obwohl der seit 2011 nicht einen Cent neue Schulden gemacht hat und gleichzeitig mit uns dafür gesorgt hat, dass mehr Geld für Bildung und Wissenschaft ausgegeben wurde.

Die CDU hat mit ihrem Innenminister Schönbohm den Kommunen mit den Vorwegabzug, 50 Mio. Euro jährlich aus der Tasche gezogen, wir schaffen das nun Schritt für Schritt wieder ab.

Die CDU Justizministerin war es, die die Amtsgerichte zur Disposition gestellt hatte.

Wir, das heißt: die Linke und die SPD gemeinsam, haben mit dieser Rot-Roten-Koalition dem ein Ende gesetzt.

Wir haben einen Schlusstrich unter diese unsoziale Politik gezogen!

- Wir haben wieder ausgebildet, den Rechtsanspruch bei der KITA-Betreuung wieder hergestellt, den Betreuungsschlüssel verbessert und die Pflichtstundenzahl der Lehrer/innen verringert.
- Wir haben die Wirtschaftsförderung umgestellt, Leiharbeiterquoten und Tarifbindung durchgesetzt und ein Vergabegesetz mit Lohnuntergrenze eingeführt.
- Wir haben mit der Energiestrategie 2030 auf den Vorrang Erneuerbarer Energien gesetzt. Und erst unter rot-rot wurde das Wassergeld für Vattenfall endlich eingeführt und das Bergbau-Privileg gestrichen.
- Wir haben die Amtsgerichte und alle Krankenhausstandorte im Land erhalten und mit dem Projekt Schwester AGNES sowie einer engeren Verzahnung von ambulanter und stationärer Behandlung den richtigen Weg in der Gesundheitspolitik gewählt.
- Wir haben die Bedingungen für die Direkte Demokratie verbessert und das Wahlalter mit 16 eingeführt.
- Wir haben Resozialisierung in den Mittelpunkt unserer Justizpolitik gerückt.

Ich könnte die Liste fortsetzen.

Natürlich wissen wir, dass das alles noch nicht ausreicht!

Doch, liebe Genossinnen und Genossen, der Weg ist der Richtige!

Wenn wir soziale Gerechtigkeit wirklich wollen und unseren Slogan „100 % sozial“ ernst meinen, dann sind das die richtigen ersten Schritte und der Beginn eines Politikwechsels hin zu tatsächlicher ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit in einer inklusiven Gesellschaft, in der niemand zurückgelassen wird. Schritte in eine Richtung, die unter rot-schwarz undenkbar waren. Darauf können wir zu Recht stolz sein.

Aber, es gibt auch Bereiche, in denen wir nicht oder nicht ausreichend voran gekommen sind. Z.B. bei den Altanschießerbeiträgen. Wir wollten eine Stichtagsregelung, die horrenden Nachzahlungen für Altanschießer verhindert hätte. Dafür hatten wir in der Opposition gestritten und dafür haben wir auch in der Koalition gestritten. Wir haben unzählige Koalitionsausschüsse dazu bemüht, das zu erreichen. Doch wir haben uns die Zähne an der SPD ausgebissen und nur einen Kompromiss mit der Reduzierung der Verjährungszeit erreichen können. Wir wollten und wollen mehr, das wisst Ihr.

Und sind wir mal ehrlich. Das ist doch sogar ein Stück weit logisch, dass wir an manchen Stellen bei der SPD auf Granit beißen. Denn schließlich hat ja die CDU von 1999 bis 2009 ja nicht allein regiert.

Aber dennoch können wir auch feststellen: die Sozialdemokraten haben durch uns damit begonnen, wieder etwas mehr zu sozialdemokratischer Politik zurückzukehren. Nach 19 Jahren war das auch für sie nicht so einfach. Hier bewahrheitet sich der Satz, dass die SPD immer so sozial ist wie ihr Partner. Das sollten wir ernst nehmen, denn was passiert, wenn sie wieder mit der CDU koalitiert, lässt sich erahnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben lernen müssen, dass man bei Eintritt in eine Regierung nicht die Reset-Taste drücken kann. Nicht alles, was in den Jahren zuvor – vor allem von uns in der Opposition heftig kritisiert und begründet abgelehnt – auf den Weg gebracht wurde, kann von heute auf morgen revidiert werden. Deshalb gelingen manche Korrekturen auch nicht sofort.

Dennoch ist es gut für Brandenburg, dass sich zwei linke Parteien zusammengetan haben, Parteien die 19 Jahre in Opposition zueinander standen.

Aber zurück zu unserem Bundestagswahlergebnis.

Ja es war ok! Aber wir können mehr! Und wir wollen auch mehr! 22 % in Brandenburg sind ausbaufähig!

Und ausbaufähig ist auch das, was wir inhaltlich anzubieten haben. Und damit komme ich zu dem, was für uns als Landtagsfraktion an Aufgaben nun vor uns liegt. Wir haben als Linke in dieser Koalition in den vergangenen vier Jahren gute Arbeit geleistet. Ich habe eben schon vieles davon aufgelistet.

Aber eines haben wir noch nicht geschafft und das wurmt mich persönlich sehr. Noch immer sind Menschen in Brandenburg von Armut betroffen. Die sogenannte Armutsgefährdungsquote stieg im vergangenen Jahr auf den höchsten Stand seit fünf Jahren. In Brandenburg fällt fast jeder fünfte in diese Kategorie!

Liebe Genossinnen und Genossen,

wenn ich lese, dass in Frankfurt (Oder) 31 Prozent aller Kinder im vergangenen Jahr Sozialgeld bezogen haben, wenn ich höre, dass in einigen Stadtteilen diese Quote sogar bei über 40 Prozent liegt, dann macht mich das wütend. Genauso geht es mir, wenn ich sehe, dass immer mehr Geringverdiener und Rentner auf einen Zweit-, ja sogar Drittjob angewiesen sind oder sich ein paar Cent dazuverdienen, indem sie Pfandflaschen aus dem Müll angeln.

Und wie beschämend ist es für eine rot-rote Landesregierung, wenn die Anlaufstellen von Tafeln und Kleiderkammern rasanter wachsen, als die Zahl der Sport- und Kulturvereine?!

Hinzu kommt eine weit verbreitete Angst vor Armut. Sie lässt sich weniger an konkreten Einkommensgrenzen festmachen. Es geht vielmehr um Menschen, die sich Sorgen um ihr finanzielles Auskommen, ihre Rente, ihre Zukunft machen.

Aber auch um Mobilitätseinschränkungen, unzureichende fachärztliche Versorgung in den ländlichen Regionen, die um künftige Erreichbarkeit von Schulstandorten, um steigende Energiepreise und vieles andere mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen,

das sind die wirklichen Herausforderungen vor denen dieses Land steht. Hier erwarten Brandenburgerinnen und Brandenburger Antworten von der Politik und von uns! Und sie erwarten von uns, dass wir ganz konkret Abhilfe schaffen. Ja, Ein-Euro-Frühstücke helfen, lösen das Problem aber nicht.

Der Blick zurück und nach vorn zeigt:

Nur die LINKE nimmt diese Probleme ernst und ist bereit sie anzupacken.

Es geht also um nicht weniger, als um unser ureigenes Thema – um **die Frage der sozialen Gerechtigkeit, der sozialen Sicherheit** im Land. Und bei eben diesem Thema bin ich mit den Ergebnissen unserer Arbeit, mit den Ergebnissen von rot-rot noch längst nicht zufrieden.

Die SPD war es, die das Schlagwort vom vorsorgenden Sozialstaat in die Welt setzte. Es reicht aber nicht, davon zu reden, denn dann verkommt es zur Floskel und es wird klar, dass der Begriff lediglich der Verschleierung dient. Er soll wohl beschönigen, dass spätestens seit der Agenda 2010 die soziale Sicherung kontinuierlich zurückgefahren wurde.

Ein wirklich vorsorgender Sozialstaat darf sich nicht darauf beschränken, die Auswirkungen sozialer Notlagen abzufedern. Nein!

Wir müssen die Entstehung solcher Notlagen schon vorher vermeiden. In diesem Sinne verstanden umfasst „vorsorgende Sozialpolitik“ ein sehr weites Feld. Es schließt Bildung, Erziehung, Gesundheitsvorsorge, Wirtschaft, Infrastruktur und natürlich ökologische Fragen mit ein.

Ein solches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit vertreten in Brandenburg nur wir. Nicht die CDU, die auf regionale Branchenlöhne setzt und bis heute auf Bundesebene nur über die Rentenangleichung Ost-West redet - aber nicht handelt! Nicht die FDP nicht, die noch immer propagiert, Leistung müsse sich lohnen und eben auch nicht die SPD und die Grünen, die die Agendapolitik im Grunde noch immer für richtig halten und nur deren Nebenwirkungen ein wenig abmildern wollen.

Und daher wird auch die neue Bundesregierung höchstwahrscheinlich ebenfalls der Versuchung erliegen, ihre Wahlversprechen zu brechen und weitere Kürzungen im Sozialbereich vornehmen - dort, wo die Lobby der Betroffenen am geringsten ist.

Deshalb braucht es uns liebe Genossinnen und Genossen! Wir, DIE LINKE, stehen für soziale Gerechtigkeit und Sicherheit im Land. Dafür haben wir Ideen und Vorschläge:

Mit dem Leitbild haben wir vorgelegt, wie wir uns dieses Land vorstellen. Wir wollen ein Brandenburg, das sich aktiv gegen soziale Ungleichheit einsetzt, sich hin zu einem Land der sozialen Gerechtigkeit entwickelt. Dazu bedarf es Mut, Reichtum zu begrenzen und so umzuverteilen, dass er allen zugute kommt.

Dass wir diesen Mut haben und es auch können, haben wir in den letzten Jahren bewiesen:

- Mit der Finanzausgleichsumlage stehen reiche Kommunen nun auch in Brandenburg für ärmere ein.
- Ein neuer Soziallastenausgleich wird den Landkreisen helfen, den ausufernden Kosten für Sozialleistungen wenigstens ein bisschen Herr zu werden.
- Die Umstellung der Wirtschaftsförderung (Leiharbeitsquote und Tarifbindung) wurde lange mit den Beteiligten diskutiert und dann aber eben auch entschieden.
- Wir hatten auch den Mut, im öffentlichen Dienst einen Wechsel – hin zu altersgerechterem Arbeiten auf den Weg zu bringen
- Wir hatten auch den Mut, das Schüler-Bafög einzuführen, was zunächst außerhalb der Landesgrenzen belächelt wurde
- Wir sind in Bundesrat und in den Ministerkonferenzen der Länder heute aktiv und anerkannt – auch wenn man das nicht öffentlich zugeben wird.
- Und auch auf europäischer Ebene, die Auszeichnung als Exzellenzregion kam auch nicht von ungefähr.

Aber das reicht uns nicht! Wir wollen eine hochwertige Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und im ganzen Land. Das ist eine große Aufgabe, aber wir packen sie an. Deshalb werden wir z.B. schon in den kommenden Monaten bis zum Ende der Legislatur:

- Die Lohnuntergrenze für öffentliche Aufträge auf 8,50 € anheben, so dass zumindest diejenigen, die im Auftrag der öffentlichen Hand arbeiten, ordentlich entlohnt werden.

- Die Vertretungsreserve an den Schulen auf einen bundesdeutschen Spitzenwert erhöhen, damit endlich weniger Unterricht ausfällt.
- Weiter darauf drängen, dass die künftig vom Fluglärm Betroffenen endlich den Schallschutz bekommen, den das Gericht vorgeschrieben hat,
- Weiter dafür streiten, dass die deutlich weniger werdenden Mittel aus der EU mit den besten Effekten für das Land und die Bürgerinnen und Bürger verwendet werden.
- dafür ringen, dass im Land eine Willkommenskultur Einzug hält, die es für selbstverständlich hält, Menschen, die Hilfe brauchen und zu uns kommen, aufzunehmen und menschenwürdig zu integrieren
- die unwürdige Entlohnung im Pflegebereich beenden und einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag im Land auf den Weg bringen

Und wir müssen dran bleiben, dass das, was wir als Koalitionsfraktionen mit der Regierung auf den Weg bringen auch dort ankommt, wo es hin soll. Mehr Lehrer müssen auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden.

Wir werden uns im Bundesrat weiter aktiv einmischen! Wir werden:

- eine Bundesratsinitiative gegen die Umgehung von Werkverträgen einbringen
- Wir werden das Thema Angleichung der Ost-Renten erneut auf die Tagesordnung rufen.
- Wir werden nicht locker lassen, für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn zu streiten.
- Und wir werden unsere Vorschläge von Steuergerechtigkeit erneut auf den Tisch packen.

Aber liebe Genossinnen und Genossen,

eines ist klar, diese rot-rote Landesregierung wird keine Wunder vollbringen können und auch den Sozialismus nicht wieder einführen können. Wir werden auch das Problem der Armut und der sozialen Ungerechtigkeiten in diesem Land nicht binnen weniger Monate oder in einer Legislaturperiode lösen.

Wir werden weiterhin einen langen Atem brauchen und müssen den Brandenburgerinnen und Brandenburgern das auch ehrlich sagen. Zugleich müssen wir ihnen aber auch eine Perspektive aufzeigen. Nichts ist trostloser als eine Partei, die keine Visionen mehr hat.

In unserem Leitbild stecken viele gute Ideen. Es zeigt, wie wir uns einen sozialen Wandel vorstellen. Exemplarisch greife ich einen Kernbereich landespolitischen Handels - **die Bildung** heraus.

Wir sind aus guten Gründen für **gute Bildung für alle von Anfang an**. Von der Kita über die Schule, Berufsschule, Hochschule bis zur beruflichen Weiterbildung. Frühzeitige Trennung von vermeintlich starken und vermeintlich schwachen Schülern schadet allen, sie führt außerdem dazu, dass soziale Unterschiede in die nächsten Generationen weitervererbt werden.

Deswegen kämpfen wir auch weiterhin für die Einführung der Gemeinschaftsschule in Brandenburg. Jede und jeder muss die Möglichkeit haben, nach den höchsten Abschlüssen zu greifen, und ein Leben lang lernen zu können.

Für uns ist die Vorstellung, dass alle gemeinsam lernen eine Selbstverständlichkeit. In der Gesellschaft ist diese Idee aber noch längst nicht so angekommen. Die weitverbreitete Auffassung ist noch immer die, dass jedem und jeder nach der jeweiligen individuellen Leistungsfähigkeit gesonderte „Lern-Räume“ zur Verfügung gestellt werden sollen. – Also Auslese statt Inklusion.

Aber das ist genau der Knackpunkt: woran erkennt man denn die Leistungsfähigkeit eines Kindes. Ist es von Anfang an ein Überflieger? Oder gibt es nicht auch Kinder, deren Leistungsfähigkeit sich erst noch entwickelt, erweitert, verbessert?

Die Gemeinschaftsschule kann genau das leisten. Sie kann helfen, die Furcht zu überwinden, an die eigenen Grenzen zu gelangen. Sie kann den Mut stärken, die eigenen Grenzen zu überwinden.

Klar ist aber auch: das Projekt Gemeinschaftsschule rührt an Ängste in der Gesellschaft. Alle Erfahrungen zeigen: ein Kulturkampf in Sachen Schule bringt nichts als großen Schaden. Deswegen werden wir unser Anliegen Gemeinschaftsschule weiterverfolgen – aber im stetigen Dialog mit den Lehrerinnen und Lehrern, den Eltern, Großeltern und den Schülerinnen und Schülern.. Wir werden dafür werben aber zugleich zuhören, damit wir die Sensibilität nicht verlieren.

Und wir werden auch praktische Schritte gehen. Was steht dabei ganz vorn?

- Wir werden – dass hatte ich bereits gesagt - daran gehen, den Betreuungsschlüssel in den Kitas erneut zu verbessern.
- Wir bleiben bei unserer Forderung: Stärkung der Schulform der GES mit gymnasialer Oberstufe, aber auch Stärkung der Oberschule indem wir die Durchlässigkeit von den Oberschulen zur gymnasialen Oberstufe sichern und zugleich die Qualität des Unterrichts und der Stundentafel deutlich verbessern.
- Wir könnten die Berufsorientierung dadurch erleichtern, dass wir den Praxisbezug von Schule landesweit und generell deutlich stärken. In der Kooperation mit Handwerkskammern gibt es dafür bereits gute Erfahrungen.
- Ich schlage auch vor, die Einführung einer Berufsausbildung mit Abitur in Brandenburg vorzubereiten. Die Kammern stehen dafür als Partner bereit.
- Und wir setzen uns weiter dafür ein, dass der Masterabschluss der normale Abschluss an den Hochschulen wird.

Das sind wichtige Punkte im Bildungsbereich für die kommenden Jahre und sie leiten sich ganz konkret aus unserem Leitbild ab.

In diesem Sinne müssen wir jetzt beginnen, unser Wahlprogramm und damit unser Angebot für die nächste Legislaturperiode zu formulieren und zu ordnen. Nichts soll, nichts darf dabei unter den Tisch fallen, was unserer Partei wichtig ist.

Und zugleich müssen wir unsere Prioritäten artikulieren, an denen deutlich wird, welcher Grundrichtung wir folgen.

Ich stelle mir vor, dass wir am Ende Schlüsselprojekte definieren und diese so, wie wir es auch im Wahlkampf 2009, in den Sondierungen, in den Koalitionsverhandlungen und schließlich in der

Parteitags-Entscheidung über den Koalitionsvertrag unsere damaligen Schlüsselprojekte ins Zentrum gerückt hatten.

Nicht als Reduzierung unseres Angebots, sondern als zentrale Ansatzpunkte eines politischen Wechsels, als das notwendige Minimum zentraler Entscheidungen, ohne die sich der Einstieg in die Koalition nicht lohnen würde.

Unser Leitbild ist dafür eine Hilfe, ein Einstieg und eine Vision!

Die eigentliche politische Arbeit liegt aber noch vor uns, denn am Ende werden uns die Schlüsselprojekte in den Landtagswahlkampf führen und unsere Leitplanken in möglichen Koalitionsverhandlungen sein.

Ich will zusammenfassend auf einige Mögliche hinweisen:

- Wir wollen das Brandenburg ein kinderfreundlichen Land bleibt. Wir werden sofort daran gehen, den Betreuungsschlüssel in den Kitas erneut zu verbessern. Das war 2009 unser Einstieg in die Regierung und soll es auch beim nächsten Mal sein!
- Wir wollen den Einstieg in die Gemeinschaftsschule, im Dialog und ohne Kulturkampf, damit endlich alle miteinander und voneinander lernen können.
- Wir kämpfen für mehr gute Arbeit für alle, durch die Weiterentwicklung des Vergabegesetz, Mindestlohn, öffentlich geförderte Beschäftigung, allgemeinverbindliche Tarife für die Pflege, weniger Stress, mehr Freude an der Arbeit.
- Wir werden einen Neuanlauf für den öffentlichen Beschäftigungssektor starten – 2400 Stellen reichen uns nicht und wir werden das Störfeuer bei der Arbeitsmarktpolitik auf Bundesebene nicht tatenlos hinnehmen.
- Wir wollen nicht nur den Vorrang für die Erneuerbaren Energien, sondern ihren Durchbruch, dazu müssen wir weiter über die Novelle des Erneuerbaren Energiengesetz reden. Preissteigerungen trotz Überangebot an Strom, lassen die Akzeptanz für die Erneuerbaren schwinden. Das ist nicht hinnehmbar.
- Wir wollen eine moderne nachhaltige Industrie- und Dienstleistungspolitik durch die Vernetzung der Ressourcen und der Akteure und das eben nicht nur in den Wachstumsräumen.
- Wir wollen uns für sicheren und bezahlbaren Wohnraum stark machen und die Wohnraumförderung im Land fortsetzen.
- Wir wollen ein tolerantes Land mit einer ernst gemeinten Willkommenskultur für Menschen, die zu uns kommen.

Ja, liebe SPD, dass sind unsere Angebote für 2014!

Darunter ist nichts zu machen!

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach dem Wahlerfolg von Angela Merkel bei der Bundestagswahl will ich umso energischer in Brandenburg für linke Politik streiten. Ich will, dass wir das gemeinsam tun. Ich will, dass Brandenburg nicht wieder rot-schwarz und schon gar nicht schwarz wird.

Brandenburg ist anders! Brandenburg bleibt rot! Dunkelrot!

Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Dafür stehen wir – gemeinsam!